

Dabeisein ist nicht alles

Die „inklusive“ Alltagspraxis ist wesentlich schwieriger als der rhetorische Diskurs. Bericht vom Fachtag „Inklusive Bildung – ein Armutszeugnis?“

Zwei Jahre lang hatte sich die Patriotische Gesellschaft von 1765 mit „Inklusion in Hamburg – gemeinsam leben, lernen und arbeiten“ beschäftigt und sich dem Thema aus verschiedenen Richtungen genähert. Gemeinsam mit der Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, dem Verein Leben mit Behinderung und den „elbkindern Hamburger Kitas“ wurde die AG Inklusion gegründet, „damit `Inklusion` als Worthülse nicht zu reiner Rhetorik verkommt, sondern von der Bürgergesellschaft mit Leben gefüllt wird“. (Treeß, u.a. 2016) Diese seit 2012 bestehende AG Inklusion im Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft hatte u.a. ein Ziel: „rechtzeitig Laut zu geben, wenn etwas nicht rund läuft bei der Umsetzung der Inklusion in Hamburg“.

Kooperation und Teilnehmer_innen

Denn „Netzwerke können zumeist früher und kompetenter als andere gesellschaftliche Institutionen die unerwünschten Nebenwirkungen von politischen Entscheidungen oder ökonomischen Entwicklungen antizipieren“ (J. Schroeder, 2009) Das Thema „Inklusive Bildung“ forderte zu kritischer Bilanzierung geradezu heraus. Deutsche Schulen hatten schon vor der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention hohe Defizite bei der unterrichtlichen Einglie-

derung leistungsschwacher und sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Kinderarmut und Bildungschancen in Deutschland sind stark miteinander verknüpft. „Dadurch werden die bestehenden gesellschaftlichen Unterschiede zementiert, gesellschaftliche Ungleichheit wird weiterhin in Bildungsun- gleichheit umgesetzt.“ (Pressemitteilung des Bundeselternrates 16.9.2007)

Die GEW Hamburg bot sich als Kooperationspartner_in für den Fachtag „Inklusive Bildung in Hamburg - ein Armutszeugnis?“ an. Am 29.4.2016 wurden im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft die richtigen Fragen dazu auf den Tisch gebracht. Kurz zuvor, am 12.4.2016, stellte Senator Ties Rabe persönlich Teil 4 des Ländervergleichs zur „Inklusiven Bildung in Hamburg“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vor und machte offenkundig, dass „inklusive Bildung“ in Hamburg noch nicht existiert. Kein Wunder, da integrative Strukturen geschwächt und abgeschafft wurden. „...Von einem inklusiven Bildungssystem kann erst dann gesprochen werden, wenn an der Regelschule auch tatsächlich inklusiv unterrichtet wird...“ Prof. em. Timm Kunstreich brachte es am Rande des Fachtages auf den Punkt: „Es wird Exklusion betrieben und Inklusion benannt.“ Unter den 200 Veranstaltungsteilnehmer_innen kamen neben Lehrer_innen, Sozialpädagoge_innen und Erzieher_innen aus Schulen und ReBBZ viele interessierte und organisierte Eltern, sowie Studierende der Hamburger Universitäten, Vertreter des LI und Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft. Jenseits von Statistik und Zahlen sollten die konkreten Lernbedingungen der Schüler_innen zum entscheidenden Maßstab für gelingende schulische Inklusion zum Thema gemacht werden. Drei Wissenschaftler und ein Podium diskutierten. Festzuhalten bleibt:

innen und Erzieher_innen aus Schulen und ReBBZ viele interessierte und organisierte Eltern, sowie Studierende der Hamburger Universitäten, Vertreter des LI und Mitglieder der Patriotischen Gesellschaft. Jenseits von Statistik und Zahlen sollten die konkreten Lernbedingungen der Schüler_innen zum entscheidenden Maßstab für gelingende schulische Inklusion zum Thema gemacht werden. Drei Wissenschaftler und ein Podium diskutierten. Festzuhalten bleibt:

Inklusion und Armut

Prof. Dr. Joachim Schroeders Vortrag „Schule in der gespaltenen Stadt – Sozialräumliche Dimensionen des `Ressourcen-Diagnostik-Dilemmas`“ knüpfte an die Ergebnisse der Schuck/Rauer-Studie von 2014 an, die den Anstieg von Schüler_innen in den Förderschwerpunkte Lernen/Sprache/Emotionale und soziale Entwicklung in Hamburg u.a. mit veränderten großstädtischen Lebensverhältnissen erklärten, „die sich in Hamburg in besonders polarisierender

Fotos: h/z





Wissenschaftler und Expert_innen aus der Praxis an einem Tisch

Weise in den Armutsquoten von Kindern und deren Lebenslagen (Ghettoisierung) manifestieren“. Aus einer soziologischen Perspektive benannte Prof. Dr. Joachim Schroeder in den „Zo-

nen der Verwundbarkeit“ höchst wirksame Lernbarrieren, die marginalisierte Gruppen weiterhin ausschließen, besonders durch eine reduktive Didaktik der Schule, die besondere Orte

des Lernens entsorgt und verallgemeinernde Normvergleiche bevorzugt. Auch Prof. Dr. Andre Zimpel machte sich für die Anerkennung von Neurodiversität als gleichberechtigte menschliche Vielfalt stark. „Lernenden mit einer Trisomie 21 stehen der gleiche Nachteilsausgleich und das gleiche Recht auf Teilhabe zu wie Lernenden mit Autismus, Legasthenie, Dyskalkulie usw.... Man kann der großen Verletzlichkeit für Lernschwierigkeiten, die mit einer Trisomie 21 einhergehen, Rechnung tragen, ohne den irreführenden Begriff der geistigen Behinderung zu bemühen.“ (Zimpel, 2016). Gestützt auf seine Forschungsergebnisse bei Kindern mit Trisomie 21 wies er auf die verheerende Wirkung von Prognosen hin, die die Lernentwicklung wie eine selbsterfüllende Prophezeiung behindern. „Diagnosen sollten – ähnlich wie ein Wetterbericht – nur 3 Tage gültig sein“ forderte Zimpel. Es geht darum, Bedürfnisse zu verstehen, statt Bedarfe festzustellen, bestätigte Prof. Dr. Wilfried Schley seinen

PRESSEINFORMATION

Zusätzliche Lehrer_innenstellen für die Inklusion (gekürzt)

Wie eine Kleine Anfrage in der Bürgerschaft ergeben hat, steigt die Quote inklusiv zu beschulender Kinder im nächsten Schuljahr erneut an. Eine Mehrheit der Schulen werde den Grenzwert von vier Kindern pro Klasse erreichen oder überschreiten. Die Schulbehörde reagierte mit der Aussage, sie setze zurzeit 860 zusätzliche Lehrer_innenstellen zur Förderung im Bereich LSE ein.

„Jedoch sind diese Stellen gar nicht zusätzlich, sondern werden kostenneutral querfinanziert. Somit arbeitet die Schulbehörde mit Zahlentricks – es wurden nicht 860 Lehrerstellen geschaffen, wie die BSB suggeriert, sondern einfach ressourcenneutral umverteilt [...]“

Besonders problematisch ist die Ungleichverteilung der Kinder mit besonderem Förderbedarf

über die Schulen. So findet inklusiver Unterricht fast ausschließlich an den Stadtteilschulen, nicht aber an den Gymnasien statt, zudem weisen Standorte in sozial benachteiligten Gebieten besonders hohe Quoten förderbedürftiger Kinder auf. Zusätzliche Personalressource ist ein längst überfälliger Schritt, da die Stadtteilschulen seit Umsetzung der Drucksache 20/3641 „Inklusive Bildung an Hamburger Schulen“ weniger personelle Ressource erhalten als notwendig wäre.

„Die Behörde muss Stadtteilschulen jetzt massiv stärken, damit sie nicht zu Schulen zweiter Klasse werden [...]“, so Sven Quiring. „Deshalb fordern wir ja schon seit Jahr und Tag 550 wirklich zusätzliche Stellen mehr für eine gelungene Inklusion in Hamburg.“

Kontakt: SVEN QUIRING,

ehemaligen Hamburger Kollegen. Was entsteht, wenn man konsequent dieser Subjektlogik folgt, den Dialog als Chance nutzt, Kontakt und Resonanz herstellt und in Beziehung geht, ist Beziehungslernen. Damit rückte er „Zeit“ und „Intensität“ als Wirkfaktoren inklusiver Pädagogik in den Mittelpunkt, da Unterricht entscheidend gesteuert wird über dialogische Intervention in pädagogischen Beziehungen. Anja Bensing-Stolze, Vorsitzende der GEW Hamburg, forderte daraufhin auf dem Podium mehr Investitionen, damit

vor Ort Unterricht und Schulleben qualitativ entscheidend verändert werden.

Diagnosewahn

Angeregt von den drei Fachvorträgen brachten weitere Podiumsgäste Positionen ein.

Ulli Meister, Sonderpädagogin in der Inklusion, zitierte Karl Kraus: „Eine der verbreitetsten Krankheiten ist die Diagnose.“ Meister nannte die Vermessung von Kindern, wie wir sie durch Standards und Tests aktuell betreiben, die „Diktatur der Norm“, die mit einer „Pädagogik

der Vielfalt“ gar nichts zu tun hat. „Diagnose statt Pädagogik“ titelte die Morgenpost im Spätsommer 2015 und Meister unterstrich dies mit der Feststellung: „Das Hamburger Diagnoseinstrumentarium LSE macht nichts anderes als Statuszuweisung und Sortierung von Kindern.“ An einem konkreten Beispiel verdeutlichte er, dass die zunehmenden Standardisierungsprozesse und die „Zerstückelung“ der Tätigkeit einer Sonderpädagogin notwendige Beziehungsarbeit in der Praxis mit intensiver Zuwendung zu den Kindern behindern.

Grußwort von der GEW-Vorsitzenden Anja Bensing-Stolze zum Fachtag im Haus der Patriotischen Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich außerordentlich hier im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft unsere gemeinsame Veranstaltung „Inklusive Bildung in Hamburg – ein Armutszeugnis?“ zu eröffnen. Als Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft Erziehung und Wissenschaft möchte ich mich ganz herzlich bei der 2. Vorsitzenden der Patriotischen Gesellschaft und Vertreterin des Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung, Helga Treeß, für die Zusammenarbeit bedanken. Wir wissen nicht nur diese schönen Räumlichkeiten zu schätzen, sondern noch viel mehr haben wir in Ihnen und Ihrem Arbeitskreis einen kompetenten Gesprächspartner gefunden, der sich für eine gelingende inklusive Bildung in Hamburg einsetzt. Herzlichen Dank an Sie, Frau Treeß!

Die GEW hat immer die Auffassung vertreten, dass Inklusion für alle Beteiligten gelingen kann. Dies ist durch die über 30 Jahre lange Praxis an Hamburger Schulen – integrierte Regelklassen an Grundschulen und Integrationsklassen vorwiegend an Gesamtschulen – vorgemacht worden. Die Schulen, die sich daran beteiligt haben, haben z.T. eigene Konzepte, die für ihre Schule geeignet waren, entwickelt. Die Elternschaft hat diesen Konzepten vertraut und sich in der Integrationsbewegung engagiert. Eines gab es an all' diesen Schulen: eine Zusammenarbeit von Allgemeinpädagog_innen, Erzieher_innen bzw. Sozialpädagog_innen und Sonderpädagog_innen (manchmal auch weitere Professionen wie Therapeut_innen, Psycholog_innen usw.) – heute:

multiprofessionelle Teams. Für die Integrationsklassen galt, nicht mehr als vier Schüler_innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei 19 Schüler_innen in der Lerngruppe und zwei Pädagog_innen im Unterricht. Ein Erfolgsrezept! Um daran anzuknüpfen und alle Grund- und Stadtteilschulen so auszustatten, hätte es einer Resource im Umfang von ca. 550 Stellen bedurft. Für diese größte Reform der letzten Jahrzehnte, die das Miteinander so grundsätzlich verändern soll, sind diese Anstrengungen unumgänglich. Wir werden heute aufzeigen, wofür die Investitionen genutzt werden müssen.

Heute soll uns die Frage beschäftigen, wie es um die inklusive Bildung in Hamburg in qualitativer Hinsicht bestellt ist und welche Entwicklungsmöglichkeiten wir hier in Hamburg haben. Es kann nicht ausreichen zu sagen, „dabei sein“ ist alles. Aber welche weiteren vertiefenden Forschungen benötigen wir, um bessere Teilhabe und Partizipation zu ermöglichen? Was brauchen wir an wissenschaftlicher Unterstützung für eine inklusive Pädagogik? Wie können Schüler_innen ihren Status der Andersartigkeit – also ihre Stigmatisierung – verlieren, ohne dass wir versuchen sie über einen Kamm zu scheren? Was brauchen die Beteiligten in Schule und anderen Einrichtungen, um die Konzepte und Unterstützungsangebote auf ihre Situation an- und einzupassen? Mag auch heute das „Zwischenzeugnis“ für inklusive Bildung ärmlich ausfallen, wir stehen in Hamburg nicht am Anfang. Das gilt es, für die Zukunft zu nutzen!

Ich wünsche uns eine ertragreiche Tagung!

Gymnasium und Stadtteilschule

Beheshtah Mahdizadah, Schülerin der Stadtteilschule Horn sowie Stipendiatin im Diesterweg-Stipendium und bei „Grips gewinnt“, sagte: „Es stimmt. Chancen für mich ergaben sich, wenn ich Zutrauen von anderen bekam, so wie in einem Stipendium und nicht, wenn man meine Schwächen aufzählte, wie in der Schule. Ich habe keine Gymnasialempfehlung bekommen, mache jetzt auf einer Stadtteilschule mein Abitur. Was mir dabei geholfen hat, als Flüchtling aus Afghanistan heute hier zu sitzen, sind: Familie, Bildung und Selbstvertrauen! Meine Ideen für erste Schritte zur Inklusion wären: Kooperation zwischen den Schulformen, damit Schüler_innen wie ich mehr Einblicke, mehr alternative Kontakte zu anderen bekommen, z.B. durch gegenseitige Besuche oder Gastschüler_in für einen Tag zu sein.“ So könnte der soziale Graben zwischen Stadtteilschule und Gymnasium überwunden werden. Helga Wendland, Schulleiterin der Ida-Ehre-Schule und Vorstand der Vereinigung der Stadtteilschulleiter_innen, ergänzte Mahdizadah und stellte fest, aus dem „Zwei-Säulen-Modell“ sei ein „Zwei-Klassen-System“ geworden. Die sozialen Disparitäten würden solange wachsen, wie das 2-Säulen-System Bestand habe. Obwohl Stadtteilschüler_innen einen größeren Lernzuwachs als Schüler_innen an den Gymnasien zeigen, bestätigt die Anmelderunde zum Schuljahr 2016/17 den sich in den letzten Jahren abzeichnenden Trend: Es werden immer mehr Schüler_innen an den Gymnasien und nicht an den Stadtteilschulen angemeldet. Dieter Baenisch, Vorstand VKJH (Verband Kinder und Jugendarbeit Hamburg e.V.), betonte die wichtigen Impulse für die Schulentwicklung aus der offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Deshalb begrüßte Sigrun Ferber vom Arbeitskreis Kinder, Jugend und Bildung der Patriotischen Gesellschaft die vielen kleinen Schritte, mit denen sich Schule und Jugendhilfe annähern. Thomas Worseck, Geschäftsführer des Gehörlosenverbandes Hamburg, vertrat sein Motto: „Nicht über uns, nicht ohne uns!“ ausgehend von seinem Befund: „In der Inklusionsdebatte werden Behinderte am wenigsten gefragt!“

Thomas Worseck selber wurde in einer Sonderschule, in einer Inklusionsklasse und in der Universität sozialisiert. Er hat 4 Kinder, ist im Elternrat der Elbschule, hat Erfahrungen mit der Beschulung seiner Kinder in Schweden und Finnland gesammelt. Er forderte vehement, den sozialen Aspekt der Inklusion zu bedenken. Man dürfe in der Inklusionsdebatte die Grausamkeit „Nichtbehinderter“ gegenüber Behinderten nicht ausklammern und sich einer Inklusionsphantasie hingeben, ohne auf die tatsächlichen Lebens- und Lernbedingungen der betroffenen Kinder und Jugendlichen zu achten.

Damit zeigte Worseck allen – Eltern, professionellen Fachkräften und der Bildungspolitik – auf, was die UN-Behindertenrechtskonvention eigentlich aussagt: Sie betont das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Bildung ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Die Zielvorstellung von einer „inklusive“ Gesellschaft, die keine Benachteiligungen mehr verstärkt, sondern Chancengerechtigkeit herstellt, ist die einzig mögliche Entwicklungsperspektive, die mit dem deutschen Grundgesetz, dem Sozialstaatsprinzip und der UN-Konvention vereinbar ist. Sie trifft derzeit auf eine von Verteilungskämpfen dominierte Realität. Damit gerät „inklusive“ Schulentwicklung in ein Spannungsfeld zwischen



Inklusive Schulentwicklung befindet sich im Spannungsfeld zwischen hohem moralischem Anspruch und Machbarkeitserwägungen (Christiane Mettlau)

einem hohen moralischen Anspruch und Machbarkeitserwägungen.

Fragen der Kooperationspartner_innen

Dies ist kein isoliertes Hamburger Phänomen, ganz im Gegenteil ist die Ressourcenausstattung der „Inklusionsklassen“ in Hamburg im Bundesländervergleich die Beste. Der Fachtag zeigte aber deutlich auf, dass diese nicht ausreicht, um die Vision von einer gerechten Gesellschaft durch Bildungspolitik zu verwirklichen. Für die betroffenen Bildungseinrichtungen und die Menschen, die dort lernen und arbeiten, ergeben sich damit mehr Risiken als Chancen.

Die GEW und andere Netzwerkpartner haben Fragen:

Erhalten Kinder und Jugendliche mit Benachteiligungen die

Diagnostikverfahren (gekürzt)

Die Schulbehörde plant Änderungen des Verfahrens zur Diagnostik in den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung (LSE) für die Jahrgangsstufen 3 und 4. Beibehalten wird, dass die diagnostische Klärung bereits bei den Drittklässlern beginnt, die Ergebnisse aber zwei Monate früher als bisher an die ReBBZ zu übersenden sind. Umgesetzt werden sollen diese Änderungen sofort.

Das Vorziehen des Übersendungstermins der Unterlagen an das ReBBZ zu einem späten Termin im laufenden Schuljahr bedeutet in der Konsequenz eine Verdichtung der Arbeit bzw. wird nicht abrechnungsfähige Mehrarbeit nach sich ziehen [...]

„Statt entsprechendes Personal an die Schulen zuzuweisen, will der Senator wieder und wieder prüfen und diagnostizieren und erzeugt so einen zusätzlichen Zeitdruck und daraus folgende unnötige Belastung. Man könnte vermuten, dass dieser Druck und der frühe Termin dazu führen sollen, dass weniger Schüler_innen mit vermuteten Förderbedarf LSE diagnostiziert werden

sollen, weil evtl. zu diesem Zeitpunkt einzelne Schüler_innen noch nicht auf dem Schirm sind“ kommentiert Sven Quiring, stellvertretender GEW-Vorsitzender und Inklusionsexperte.

Das zweistufige Diagnostikverfahren ist eine neue Aufgabe, die bei der Entwicklung des Lehrkräftearbeitszeitmodells als Grundlage der Lehrkräftearbeitszeitverordnung nicht berücksichtigt wurde. Daher ist diese Aufgabe weder in den Funktionszeiten der Klassenlehrkräfte noch in denen der SonderpädagogInnen enthalten [...]

„Diagnostik darf nicht als verwaltungstechnisches Instrument missbraucht werden, das ausschließlich der Ressourcensteuerung dient. Die GEW lehnt deshalb dieses Verfahren insgesamt ab [...]

Statt dieser sinnlosen Testerei fordern wir eine personelle Ausstattung der Schulen, die sich an dem erfolgreichen Modell der Integrationsklassen orientiert. Inklusion braucht mehr: Nämlich 550 Stellen in Hamburg!“, so Quiring abschließend.

Rückfragen: SVEN QUIRING

Unterstützung, auf die sie einen Anspruch haben?

Entsteht überall dort, wo inzwischen „Inklusions“-Etiketten vergeben wurden (Spitzenreiter sind Bremen, Berlin, Schleswig-Holstein und Hamburg), höhere Schulqualität für alle Kinder?

Kommt in der gegenwärtigen Jahrhundertreform ein Mehrwert an Teilhabe, Egalität und Wertschätzung für alle Schüler_innen heraus?

Gelingt der moralische Aufbruch im wirtschaftlichen Abschwung?

Als Stolpersteine wurden diskutiert: die Unterfinanzierung des Bildungswesens, wachsende Kinderarmut, die Deformation der Integration, Exzellenzerwartungen bei gleichzeitiger

Die Literaturhinweise sind auf gew-hamburg.de/veroeffentlichungen zu finden.

Ressourcenkürzung, strukturelle Überforderung von Personal und Aufgabenverdichtung.

Resümee

„Und so kommt zum guten Ende alles unter einen Hut. Ist das nötige Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut.“ (Bertolt Brecht)

Schon vor 20 Jahren herrschten in den emotional aufgeladenen Diskussionen um die Integration in den USA große Begeisterung bis hin zu unqualifiziertem Enthusiasmus und persönlichen Glaubensüberzeugungen vor. Diese „Inklusions“-Debatte produzierte schon damals Zufallspraktiken, die als unverantwortlich bezeichnet wurden. (vgl. Vaughn/Schumm, 1995)

Die Studie „Belastung und Bewältigung in integrativen Klassen“ (Hedderich/Hecker 2009) bestätigt: integrative Ar-

beit ist für Lehrer_innen hoch anfordernd und mit einem hohen Belastungspotential verbunden. Und dieses ist auf unzulängliche Rahmenbedingungen zurückzuführen und nicht den Schüler_innen anzulasten. „Eingespannt zwischen Exzellenzanforderungen und immer gravierenderen Lern- und Verhaltensproblemen der Schülerinnen und Schüler sind Schulen davon bedroht, ihre pädagogische Identität zu verlieren.“ (Opp/Puhr/Sutherland, 2006)

Überforderungen des pädagogischen Personals in Schulen ergeben sich dabei durch Hilflosigkeit, die in resignative Haltungen und Erschöpfungszustände bis hin zu Erkrankungen führen kann. Als Belastungsursache wird herausforderndes Schülerverhalten genannt. Lehrer_innen leiden nach eigener Aussage unter der Lernunlust, dem provokanten Verhalten,

Beleidigungen, Feindseligkeiten und Aggressivität in ihren Lerngruppen besonders stark. (Weitere Ergebnisse aus der Studie von Prof. Joachim Bauer, Uni Freiburg i.B. unter: http://www.gew.de/Studie_zur_Lehrergesundheit_Belastung_durch_Schueleraggression.html)

In den letzten Jahren haben die Schulen bundesweit zusätzliche politisch bedeutsame Aufgaben erhalten, die maßgeblich zur strukturellen Überforderung beitragen. Sie sollen durch geeignete Maßnahmen beispielsweise:

- die Armut durch Bildung bekämpfen;
- die Integration und den Bildungserfolg für Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung verwirklichen;
- die Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule pflegen;
- Vernetzungsarbeit mit außerschulischen Einrichtungen im Sozialraum leisten; sozialpädagogische Arbeitsansätze integrieren;
- zu Experten und Problemlöseagenturen für Gewalt, Absentismus und Kindeswohl werden. Bei erfolgreicher Aufgabenbewältigung würde dann die Inklusionsperspektive wie

von selbst vorangetrieben werden.

Gleichzeitig unterliegen beispielsweise Jugendämter bei der Einsetzung von Hilfen zur Erziehung Sparvorgaben und Regelinrichtungen der Jugendhilfe erleben Einsparungen. So kommen Schulen in eine Sandwich-Position zwischen überhöhten gesellschaftlichen Erwartungen an ihre Leistungsfähigkeit und Integrationskraft einerseits und andererseits einem Sozialabbau, der Probleme verschärft und außerschulische Unterstützung aus Elternhäusern oder Institutionen reduziert.

Gewerkschaften, Berufsverbände und Netzwerke der Bürgergesellschaft melden sich politisch zu Wort. Sie weisen auf den sich anbahnenden verschärften Bildungsnotstand benachteiligter Schülergruppen deutlich hin. „Die Bedingungen für die Umsetzung der Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen in Deutschland stehen klar im Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention“, kritisierte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE (Verband Bildung und Erziehung). Die Ergebnisse der Repräsentativbefragung im Auftrag des VBE „Inklusion an Schulen aus Sicht der

Lehrerinnen und Lehrer“ seien mehr als ein Alarmsignal an die Politik. Als Konsequenz aus der Lehrerrepräsentativbefragung fordert der VBE: „Bund, Länder und Kommunen müssen Inklusion gemeinsam und mit tragfähigen Finanzierungskonzepten anpacken. Es muss Schluss sein mit der Praxis, die für Inklusion notwendigen personellen, sächlichen und räumlichen Ressourcen zu verweigern bzw. unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Bei der Inklusion darf es keine Verlierer geben.“

Auch die GEW Hamburg befragt z.Zt. Lehrer_innen zur Qualität der „Inklusiven Bildung“ in Hamburg. Die sich abzeichnenden Ergebnisse bestätigen Beckmann. Auf dem Hamburger Fachtag forderte Anja Bensing-Stolze für die GEW: „Wir brauchen eine Qualitätsoffensive beim Aufbau unterstützender Rahmenbedingungen für die ‚inklusive‘ Schule und die Menschen, die darin lernen und lehren. Das notwendige Geld dafür steht nur zur Verfügung, wenn der grundlegenden Reform unseres Bildungswesens politisch höchste Priorität eingeräumt wird.“

CHRISTIANE METTLAU,
Moderatorin der Veranstaltung

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeweils Dienstag, am 19.7., 20.9., 15.11. und 20.12.2016 bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen. Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) jeweils von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle

GERHARD BRAUER, ehrenamtlich tätiges GEW-Mitglied